



Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Helga Schmitt-Bussinger, Kathi Petersen, Ruth Müller SPD**

Verbleib des Staatsarchivs in Würzburg

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst die inhaltlichen und fachlichen Gründe für eine Verlegung des Staatsarchivs von Würzburg nach Kitzingen darzulegen.

Insbesondere ist darauf einzugehen:

1. Warum wurden in bedeutenden Zentren der bayerischen Geschichte wie Bamberg oder Landshut die Archive als Gedächtnis von Stadt und Region zuletzt mit aufwendigen Sanierungen oder Neubauten aufgewertet und gestärkt, während die Staatsregierung für Würzburg den gegenteiligen Weg einschlägt?
2. Wie rechtfertigt die Staatsregierung einen Umzug von knapp 24 Regalkilometern hoch sensiblen und zum Teil über 1.000 Jahre alten Archivguts sowie 8 Mio. Einzelbeständen, darunter so wichtige Archivalien wie die unterfränkischen Gestapo-Akten, der zweitgrößte geschlossene Bestand Deutschlands, die Dokumente zur jüdischen Geschichte der Stadt Würzburg sowie die Dokumente aus der Zeit der Säkularisierung, zur Geschichte der Klöster und des Fürstbistums?
3. Wie rechtfertigt die Staatsregierung die für den Umzug der diffizilen Archivalien nach Kitzingen entstehenden Kosten in Höhe von mindestens 20 bis 30 Mio. Euro (laut Expertenmeinung) und wo sollen diese Archivalien in Kitzingen untergebracht werden?
4. Mit welcher Begründung lehnt die Staatsregierung alternative Standorte in Würzburg wie beispielsweise einen Archivneubau auf dem Hubland Campus Nord in direkter Nachbarschaft zu den Wissenschaftsinstituten ab, für den sogar bereits eine Machbarkeitsstudie des Staatlichen Bauamts vorliegt?

5. Welcher wirtschaftliche Ausgleich wird für die Stadt Kitzingen durch die Verlagerung des Staatsarchivs konkret erwartet?
6. Welche Behörden wurden für eine Verlagerung von Würzburg nach Kitzingen alternativ zum Staatsarchiv geprüft und warum wurde das Staatsarchiv für die Verlagerung ausgewählt?

Begründung:

Mit dem Ziel, den ländlichen Raum zu stärken, hat das Heimatministerium Ende Februar beschlossen, die beiden Würzburger Standorte des Staatsarchivs in die Kreisstadt Kitzingen zu verlagern. In Würzburg zerschlägt das Staatsministerium auf diese Weise einen gewachsenen Verbund dreier Archive mit einem Schwerpunkt auf der Würzburger und fränkischen Landesforschung.

Mit dieser Entscheidung schädigt das Heimatministerium den Wissenschafts- und Forschungsstandort Würzburg, nimmt der Stadt ihr kulturelles Langzeit-Gedächtnis, gefährdet Großprojekte wie die Bände zum Würzburger Fürstbistum in der Reihe der „Germania Sacra“ und verursacht erhebliche Fahrtkosten zu Lasten von Forschungsbudgets.

Ein wissenschaftliches Archiv gehört dorthin, wo geforscht wird. Das Staatsarchiv mit seinen historischen Konstruktionsplänen der berühmten Würzburger Bauwerke ist für die Kunsthistoriker ein unersetzlicher Arbeitsplatz. Eine Digitalisierung der Archivbestände stellt keine Lösung dar. Eine sorgfältige Prüfung der Originalakten sowie der persönliche Austausch der Archivarinnen und Archivare untereinander ebenso wie mit Behördenvertreterinnen und -vertretern und Forschenden ist nicht zu ersetzen.

Auch für die Heimatforschung und Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern wie dem Arbeitskreis Stolpersteine sind die Folgen erheblich. Besonders betroffen sind u.a. Gymnasien, die mit ihren P- und W-Seminaren auf ortsnahe Archive angewiesen sind.